

Das Beratungskomitee der Academia Sinica hatte am 11. Dezember drei Kandidaten für die Entscheidung des Staatspräsidenten gewählt, wobei Li Yuanzhe die überzeugende Mehrheit von 45 der 49 abgegebenen Stimmen vor den beiden anderen Kandidaten Qian Xu (Chien Shu) und Yu Yingshi (Yu Ying-shih) mit 26 bzw. 25 Stimmen bekam (jeder Wahlberechtigte hat drei Stimmen). (LHB, 12. und 18.12.93; ZYRB, 13. und 19.12.93)

Die Academia Sinica, die unmittelbar dem Amt des Staatspräsidenten untersteht, ist das höchste wissenschaftliche Organ der Republik China. Li Yuanzhe ist der siebte und bislang jüngste Präsident des Instituts. Er wurde 1936 in Taiwan geboren. Nach seinem Studium der Chemie in Taiwan ging er in die USA und promovierte 1965 an der Universität von Kalifornien in Berkeley. 1986 erhielt er den Nobelpreis für Chemie. Wie die meisten Mitglieder der Academia Sinica besitzt er eine Doppelstaatsangehörigkeit. Nach seiner Ernennung zum Präsidenten wird er nach eigenen Worten neben seinem Lehrstuhl in Berkeley auch die US-Nationalität aufgeben.

Der amtierende Präsident der Academia Sinica, Wu Dayou (Wu Ta-you, 86), ein bekannter Physiker, wird im Januar 1994 aus Gesundheitsgründen zurücktreten. Er ist der erste Chef des Instituts, der aus dem Amt zurücktritt. Alle seine Vorgänger sind im Amt gestorben. -ni-

Hongkong und Macau

*(36)

Abbruch der sino-britischen Verhandlungen über Hongkongs Wahlreform?

Die seit April 1993 begonnenen sino-britischen Verhandlungen über die letzten Wahlen der parlamentarischen Organe Hongkongs vor der Übergabe der Kronkolonie an China scheinen jetzt endgültig gescheitert zu sein. Wie berichtet (C.a., Nov. 1993, Ü 31), haben beide Seiten nach dem Ablauf der 17. Verhandlungsrunde Ende November 1993 nicht wie gewöhnlich einen Termin für die nächste Runde vereinbart. Auf der britischen Seite hat der Gouverneur von Hongkong, Chris Pat-

ten, Beijing zwar wiederholt zur Aufnahme weiterer Verhandlungen aufgefordert, andererseits aber trotz Warnungen der chinesischen Seite am 15. Dezember dem Legislativrat von Hongkong einen Teil seines Reformplans zur Debatte vorgelegt. Die Hongkonger Regierung erwartet, daß noch Ende Februar 1994 ein neues Wahlgesetz vom Legislativrat verabschiedet wird. (AWSJ, 24./25.12.93)

Bei dem von Patten vorgelegten Gesetzentwurf handelt es sich hauptsächlich um die Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre und das Wahlmodell von "einer Stimme pro Wahlberechtigten und einem Sitz pro Wahlbezirk". Dies hatte die chinesische Seite nach eigenen Angaben in den Verhandlungen auch akzeptieren wollen, aber zunächst nur für die kommunalen Wahlen 1994. Unter dem Motto "erst das einfache Problem lösen, dann das komplizierte" (xianyi hounan) sollte über die Frage der Wahlen 1995 zum Legislativrat als dem höchsten Parlamentsorgan Hongkongs erst später verhandelt werden. Doch Patten fühlt sich unter zeitlichen Druck. Um die chinesische Seite zu raschen Verhandlungen zu zwingen, versucht er, zuerst den Teil, der für die Chinesen akzeptabel scheint, zum Gesetz zu machen.

Die chinesische Seite warf Patten vor, mit seinem Alleingang die sino-britischen Verhandlungen zu blockieren. Das Außenministerium in Beijing erklärte am 16. Dezember, es werde kein Wahlgesetz akzeptieren, das einseitig vom Hongkonger Legislativrat verabschiedet wird. (XNA, 17.12.93; DGB, 18.12.93) Am 27. Dezember sagte der Sprecher des dem Staatsrat unterstehenden Büros für die Angelegenheiten Hongkongs und Macaus weiterhin, China werde nach der Wende 1997 Hongkongs Parlamentsorgane auf allen drei Ebenen auflösen und dann gemäß dem Beschluß des chinesischen Nationalen Volkskongresses neu zusammensetzen. (DGB, 29.12.93) -ni-

*(37)

Das Vertrauen der Bevölkerung Hongkongs in die Zukunft gestiegen

Einer von dem demoskopischen Institut "The Hong Kong Polling and Business Research" (PBR) im Auftrag der *Sunday Morning Post*, die zur SCMP gehört, vom 21. bis 23. Dezember

durchgeführten telefonischen Meinungsumfrage zufolge glauben 27% der Hongkonger an ein besseres Jahr 1994 und 21% an ein schlechteres. Vor einem Jahr lag bei einer gleichen Untersuchung der Optimismus für 1993 bei 19% und der Pessimismus bei 43%. Dies weise darauf hin, so PBR-Direktor Citi Hung Ching-tin, daß der sino-britische Streit nicht mehr so großen Einfluß auf das Alltagsleben in Hongkong ausübe.

29% der Befragten glauben an eine Verbesserung ihrer persönlichen Finanzlage im neuen Jahr, 24% an eine Verschlechterung und 41% an keine Veränderung. 16% wollen einen ausländischen Paß erwerben, 14% den Job wechseln und 12% eine Wohnung kaufen. Dem Anspruch der von Beijing eingesetzten Arbeitsgruppe zur Gründung eines Vorbereitungskomitees zur Übernahme der britischen Kolonie, zum Besten und im Interesse Hongkongs zu arbeiten, schenken 41% Glauben, 21% keinen Glauben und 38% haben keine Meinung.

Das Vertrauen in die Zukunft Hongkongs spiegelt sich auch wider in der sinkenden "brain drain"-Tendenz. In den zwölf Monaten Juli 1992 - Juni 1993 sind nach einer Ermittlung des "Institute of Personnel Management" (IPM) 132 Topmanager ausgewandert und 63 wieder zurückgekehrt. Die Rückkehrquote dieser Gruppe lag mit 47,7% weit höher als 1992 und 1991 mit 28,1% bzw. 19,6%, die Quote bei Angestellten in technischen Berufen und in der Dienstleistungsbranche betrug 43,6% bzw. 28,8%. Die zunehmende Rückeinwanderung sei - so heißt es - vor allem auf die gute Wirtschaftsentwicklung Hongkongs zurückzuführen. (SCMP, 24.12.93)

Etwas skeptischer beurteilen die in Hongkong ansässigen ausländischen Firmen die Lage. Nach einer Regierungsuntersuchung meinen 60,3% von ihnen, daß das politische Klima in Hongkong im Jahr 1993 durch den sino-britischen Streit über die Demokratisierung beeinträchtigt worden sei; nur 5% vertreten die Meinung, die politische Lage hätte sich verbessert. Aber dies habe die Investitionen aus dem Ausland nicht negativ beeinflusst. Seit der vorletzten Untersuchung ist der Regierungsangabe zufolge die Zahl der Niederlassungen ausländischer Firmen um 9% auf 1.468 gestiegen. (IHI, 31.12.93, 1./2.1.94) -ni-